



Fakten bitte und keinen Populismus!

Eine Versachlichung der Griechenland-Debatte ist dringend geboten. | von Manfred Nink

Mit ihren pauschalen und vorurteilsbehafteten Äußerungen über faule Griechen und Südeuropäer hat die Bundeskanzlerin ein hässliches, populistisches und anti-europäisches Gesicht gezeigt. Die SPD-Fraktion meint, dass dieses Verhalten der ernsten Situation nicht angemessen ist. Mit Stammtischparolen lässt sich keine verlässliche Politik für Europa machen. Eine Versachlichung der Debatte ist dringend erforderlich – deshalb im Folgenden ein paar Fakten über Griechenland und die aktuelle Lage.

Wir sollten uns eines vergegenwärtigen: Die griechischen Sparpläne sind enorm. Mit den bisher ergriffenen und diskutierten Maßnahmen sollen 30 Milliarden Euro bis Ende 2013 eingespart werden. Das sind etwa 13 Prozent der derzeitigen griechischen Wirtschaftsleistung. Mit ihren Sparplänen stößt die sozialdemokratische Regierung in Athen auf massiven Widerstand. Aber sie müssen diese durchsetzen, da sie Bedingung für die Unterstützung durch den IWF und die EU sind.

Folgende Maßnahmen sind in dem aktuell in Griechenland dis-

kutierten Maßnahmenpaket unter anderem vorgesehen: erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 23 Prozent, Einfrieren von Mindestlöhnen, mehrfache Lohnkürzungen und Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst auf unbestimm-

gessen, dass es die Konservativen in Europa sind, deren Krisenmanagement, das einseitig auf Sparen setzt, die Lage – nicht nur in Griechenland – bisher nicht verbessert hat. Und es ist fraglich, ob durch die strengen Sparauflagen des IWF



Hand in Hand: Europa funktioniert nur gemeinsam. © European Union, 2011

te Zeit, massive Verringerung der öffentlichen Investitionen, Lockerung des Kündigungsschutzes, eine Rentenreform und die Einführung einer Reichensteuer. Zudem soll in den Bereichen Wasserversorgung, Telekommunikation, Banken und Häfen umfassend privatisiert werden.

Außerdem weiß auch die Regierung von Papandreu: Ja, Griechenland ist in der Pflicht, Steuerhinterziehung, Klientelpolitik und Korruption Einhalt zu gebieten. Und sie arbeitet daran.

Gleichwohl dürfen wir nicht ver-

und der EU die griechische Wirtschaft in der Lage ist, zu wachsen. Erst durch Wachstum kann Griechenland seinen Haushalt nachhaltig sanieren, damit Schulden nicht durch neue Kredite finanziert werden müssen.

Deshalb muss aus sozialdemokratischer Perspektive unter anderem über Zinsnachlässe, Investitionsprogramme, europaweite Mindestlöhne und Gläubigerbeteiligung dringend diskutiert werden, um nachhaltige Lösungen für Europa zu finden. Populismus indes führt uns nicht weiter.

2 | Die Bundespolitik

Ausgleich beim Überhang

SPD legt eigenen Entwurf für eine Änderung des Bundeswahlrechts vor

Noch bis zum 30. Juni 2011 hat der Deutsche Bundestag Zeit, das Bundeswahlrecht anzupassen, um den verfassungswidrigen Effekt des negativen Stimmengewichts zu beseitigen. Bislang allerdings haben sich Union und FDP nicht bewegt – ein gemeinsames Vorgehen zusammen mit der Opposition ist offenbar nicht im Sinne der Regierungskoalition. Ein Gesetzentwurf der Grünen wurde bereits abgelehnt. Die SPD-Bundestagsfraktion legt jetzt einen eigenen Vorschlag vor und wirbt für einen breiten parlamentarischen Konsens.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 3. Juli 2008 dem Bundestag die Aufgabe gege-

men zu einem Zuwachs an Sitzen der Landeslisten führen kann. Darüber hinaus sieht die SPD-Fraktion dringenden Handlungsbedarf bei der ausufernden Anzahl der Überhangmandate.

Deshalb schlägt die SPD vor, Überhangmandate einer Fraktion durch Ausgleichsmandate für die anderen Fraktionen zu kompensieren, so dass der Wählerwille in Form der Mehrheitsverhältnisse bei der Sitzverteilung im Bundestag erhalten bleibt. Eine verfassungswidrige Verfälschung des Verhältniswahlrechtes durch zunehmende Überhangmandate soll dadurch neutralisiert werden. So würden die Effekte des negativen Stimmengewichts auf unver-

dert werden. Nach heutigem Recht werden die Plätze von direkt gewählten Abgeordneten aus einem Bundesland mit Überhangmandaten, wenn sie während der Wahlperiode ausscheiden, nicht wieder besetzt. So kann eine Mehrheit, die sich auf solche Überhangmandate stützt, während der Legislaturperiode langsam kippen.

Aufgeblähter Bundestag durch Ausgleichsmandate?

Berechtigt ist die Sorge, dass der Bundestag durch die Ausgleichsmandate in seiner Größe ausufern könnte. Um dem entgegen zu wirken schlägt die SPD vor, den Anteil der Direktmandate an der Gesamtsitzzahl zu verringern. Dadurch würden sowohl Überhangmandate und dem zufolge auch Ausgleichsmandate weitgehend vermieden. Erforderlich für diesen Schritt wäre allerdings eine Vergrößerung der Wahlkreise.

Diese Vorschläge hat die SPD-Fraktion in Form eines Entwurfs für ein „Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ in der vergangenen Woche in den Bundestag eingebracht. Wichtig wäre es, dass eine Entscheidung im Einvernehmen zwischen Regierung und Opposition getroffen wird. Momentan sieht es jedoch nicht danach aus, als ob Union und FDP das Problem der Überhangmandate anpacken wollen. Leider verschleppt die Koalition auch dieses wichtige Thema.

Manfred Nink

Siehe auch **Bundestagsdrucksache Nr. 17/5895 - Gesetzentwurf der SPD:**

„Entwurf eines Neunzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“



Negatives Stimmengewicht und Überhangmandate sollen die Zusammensetzung des Bundestags nicht mehr entscheidend beeinflussen. |© Deutscher Bundestag, Lichtblick/Achim Melde

ben, das Wahlrecht für den Bundestag verfassungsgemäß auszustalten und das sogenannte negative Stimmengewicht zu beseitigen.

Ausgleichsmandate als Lösung

Konkret soll der Gesetzgeber dafür sorgen, dass zukünftig ein Zuwachs an Zweitstimmen nicht mehr zu einem Verlust an Sitzen der Landeslisten oder ein Verlust an Zweitstim-

meidliche Randeffekte der mathematischen Rundung begrenzt.

„Absterbende Mehrheiten“

Außerdem soll durch eine Wiederbesetzung aller frei werdenden Mandate durch Listennachfolger während der Wahlperiode die Möglichkeit „absterbender Mehrheiten“ durch Ausscheiden von Abgeordneten mit Überhangmandaten verhin-

Was will „BILD“?

Praktikantin Justine Bender über eine Studie zu Deutschlands größter Tageszeitung

Eine neue Studie der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) geht der Frage nach: Ist BILD eine Marketing-Maschine, ein Kampagnen-Blatt oder ein Boulevard-Leitmedium für Journalisten? Die Studie kommt vor allem in Bezug auf den politischen Einfluss von BILD zu sehr interessanten Ergebnissen. Diese wurden am 17. Mai 2011 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin im Rahmen des Mainzer Mediendisputs vorgestellt und diskutiert.

Die BILD ist eine täglich erscheinende Boulevardzeitung. Ihr Ziel, eine möglichst hohe Auflage zu verkaufen, verfolgt sie sehr erfolgreich, denn sie ist mit einer Auflage von etwa 2,8 Millionen Exemplaren und einer Reichweite von 12,5 Millionen Lesern die meist gelesene Tageszeitung Deutschlands. Dabei ist und war BILD niemals frei von Kritik. Die Redakteure setzen bei ihrer Arbeit Mittel ein, die in der Medienbranche und bei der interessierten Öffentlichkeit immer wieder auf Kritik stoßen. Die Berichte von Günter Wallraff alias „Hans Esser“ und zahlreiche Rügen des Presserates (74 Rügen in der Zeit von 2001 bis 2010) kennen wir alle – und viele wundern sich wahrscheinlich kaum noch über eine erneute Rüge für die BILD-Redaktion oder stoßen sich an der Berichterstattung. Auch haben wir uns bei BILD an große zweideutige Überschriften, welche durch übergroße aufregende Bilder ergänzt werden, gewöhnt. Dieser ganz auf den visuellen Eindruck setzende Ansatz ist stilbildend. Ebenso sind die kurzen, beinahe staccato-haften Sätze ein Merkmal, das eine

Story mitunter spannend macht.

Manch eine/r in Deutschland wird sich angesichts dieser Tatsachen sicherlich schon gefragt haben, ob diese Zeitung wirklich dazu beiträgt, dass jeder sich seine eigene Meinung bilden kann, oder ob die BILD selbst ein Meinungsmacher ist. Vor allem in der Politik ist die Zeitung alle Wahlkämpfe wieder



Praktikantin Justine Bender studiert die BILD

dem Vorwurf der Kampagnenmacherei ausgesetzt. Die Axel Springer AG selbst bezeichnet das Medium als Volkszeitung und beschreibt diese als journalistisches Erzeugnis. Letzteres haben Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz mit ihrer Studie zu überprüfen und zu hinterfragen versucht.

So stand auch zu Beginn des Vortrags zur OBS-Studie im Kreis des Mainzer Mediendisputs die Frage

im Raum, ob das, was die BILD produziert, als Journalismus bezeichnet werden kann. Béla Anda, Markus Feldenkirchen, Dr. Wolfgang Storz, Ulrike Simon und Harald Schumann diskutierten unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Leif. Bildbefürworter verteidigten den journalistischen Anspruch, jedoch behaupteten Kritiker, dass es allenfalls schlechter Journalismus sei. Ulrike Simon, ausgewiesene Medienkritikerin, bezeichnete die BILD als „Papier gewordenen Populismus“. Die Themenwahl bei BILD setze vor allem und fast ausschließlich auf Sensationen und Emotionen.

Die Verfasser der Studie, Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz, kommen anhand ihrer Untersuchung der Berichterstattung zur Griechenland-Rettung im Zuge der Finanzkrise unter anderem zu dem Ergebnis, dass BILD „im Kern kein journalistisches Medium“ sei. BILD mache keinen politischen Journalismus, sondern politische Kampagnen, dabei mache die Redaktion den Unterschied nicht deutlich. Die politischen Kampagnen werden als ein zur Verfügung stehendes Mittel im Kampf für bessere Politik verstanden. Diese politischen Kampagnen wiederum könnten vielfach prägend für die Meinungsbildung der Leser sein – allerdings nicht im Sinne eines aufklärerischen Journalismus, sondern eher als PR-Agentur in eigener Sache.

Weitere Informationen

Die lesenswerte Studie der Otto-Brenner-Stiftung ist im Internet abrufbar unter:
www.bild-studie.de

4 | Aus Partei und Fraktion

Projekt „Angalan“



Manfred Nink und sechs „Angalan-Eagle-Scouts“: Der SPD-Bundestagsabgeordnete hat sich am 18. Mai 2011 an der Privatschule St. Maximin in Trier über das Projekt „Angalan-Philippines“ informiert. Die Schülerinnen der neunten Klasse berichteten über ihre Aktivitäten und Einsätze für ihre Patenschule auf den Philippinen. Seit über 10 Jahren sind die Schule St. Maximin und die „Anecito Barbarona Elementary School“, Angalan-Tugbok, Davao-City, Mindanao über ein Urwaldpatenschulprojekt miteinander verbunden.

Foto: Privatschule St. Maximin

Tag der Organspende am 4. Juni 2011

Seit 29 Jahren ist der erste Samstag im Juni bundesweit der Organspende gewidmet. Er steht dieses Jahr unter dem Motto „Richtig. Wichtig. Lebenswichtig.“

Organspende ist eine Entscheidung für das Leben. Jeden Tag sterben in Deutschland drei Menschen, weil sie nicht rechtzeitig ein Organ erhalten haben. Während fast 70 Prozent der Deutschen „Ja“ zur Organspende sagen, besitzen nur rund 25 Prozent tatsächlich einen Spende-Ausweis. Aus Umfragen geht hervor, dass die Spendebereitschaft höher ist, wenn man sich mit dem Thema befasst hat.

Deshalb ist der Tag ein wichtiger Anlass, um das Thema Organspende verstärkt in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und die Menschen zu informieren. Jeder sollte über die Organspende aufgeklärt sein und einen Organspendeausweis besitzen. Denn Organspende ist gelebte Nächstenliebe.

Ein Informationsflyer zum Thema ist in meinem Trierer Wahlkreisbüro erhältlich.

Alles Gute für Rot-Grün!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Der rheinland-pfälzische SPD-Vorsitzende Kurt Beck ist zum fünften Mal in Folge zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt worden. Das ist ein toller Erfolg für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz!



Abrufbar ist der komplette Koalitionsvertrag im Internet unter www.spd-rlp.de

Zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen konnte – meiner Meinung nach – ein überzeugender Koalitionsvertrag geschlossen werden, der dazu beitragen wird, die inhaltlich gute Politik der SPD für Rheinland-Pfalz auch unter Rot-Grün fortzusetzen. Der Vertrag trägt den Titel „Den sozial-

ökologischen Wandel gestalten.“

„Zentrale Punkte sind unter anderem: die Verkleinerung der Schulklassen, die Abschaffung von Studiengebühren für Langzeitstudenten, der Bau des Hochmoselübergangs, die Verstärkung des Lärmschutzes, die Förderung erneuerbarer Energiequellen sowie die Schließung des Aus-

reisezentrums in Trier. Letzteres ist sicherlich auch ein Erfolg der Trierer Jusos und der Trierer SPD.

Herzlichst,
Euer

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de
www.manfred-nink.de